



Bundestag beschließt fragwürdiges Arzneimittelgesetz. Ursachen des Antibiotika-Missbrauchs werden nicht angegangen

Bundestag beschließt fragwürdiges Arzneimittelgesetz. Ursachen des Antibiotika-Missbrauchs werden nicht angegangen
Berlin: "Dieses schwache Gesetz bringt weder den Verbrauchern noch den Tieren mehr Schutz vor dem Antibiotika-Missbrauch in der Massentierhaltung. Anstatt entscheidende Ursachen zu bekämpfen, zu denen die katastrophalen Haltungsbedingungen der Tiere gehören, wird an Symptomen herumgedoktert", kritisierte der Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Hubert Weiger, den Beschluss des Deutschen Bundestages vom gestrigen Abend zur Novellierung des Arzneimittelgesetzes. "Das ursprüngliche Ziel des Gesetzes, den viel zu hohen Medikamenten-Einsatz in der Nutztierhaltung zu reduzieren, wird nicht erreicht", sagte der BUND-Vorsitzende. Weiger: "Agrarministerin Ilse Aigner hat bei der Bekämpfung des Antibiotika-Missbrauchs in der Tierhaltung versagt. Sie lernt nicht aus den Lebensmittelskandalen und bedient lieber die Interessen der Agrarindustrie. Der Bundesrat muss jetzt Nachbesserungen des Arzneimittelgesetzes durchsetzen." Die im Gesetz vorgesehene Datenbank zum Medikamenten-Einsatz in Ställen ist nach Einschätzung Weigers ungeeignet, bundesweit und effektiv die Menge der eingesetzten Antibiotika zu erfassen. Grund sei ein viel zu kompliziertes Verfahren zur Erfassung der Daten. Der BUND-Vorsitzende kritisierte auch, dass wirksame Kontrollen verzögert und Sanktionen bei Verstößen auf die lange Bank geschoben würden. "Die Bundesländer hatten gute Änderungsvorschläge für ein wirksames Arzneimittelgesetz gemacht, die von Ministerin Aigner jedoch vollständig ignoriert wurden", sagte Weiger. So fehle dem Gesetz auch ein absolutes Senkungsziel für den Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung, wie es sich Dänemark und die Niederlande bereits gesetzt hätten. Erforderlich sei ein verbindlicher Plan zur Halbierung des Antibiotika-Einsatzes bis 2015.

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

kathrin.birkel@bund.net bzw. Almut Gaude, BUND-Pressereferentin, Tel. 030-27586-464/-489, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

kathrin.birkel@bund.net bzw. Almut Gaude, BUND-Pressereferentin, Tel. 030-27586-464/-489, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.